

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
09.05.2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
 - 3.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.4 Bad
 - 3.4.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
 - 3.4.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.4.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
 - 3.4.4 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis
 - 3.4.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0816
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.5 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.6 Konzertierte Aktion zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 12/SVV/0149
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 3.7 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0155
Fraktion FDP
- 3.9 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen
Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0125
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
- 3.10 Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen
bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam
gemäß Beschluss 11/SVV/0688
Vorlage: 12/SVV/0278
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3.11 Zentraler Gedenkort
Vorlage: 12/SVV/0147
Fraktion DIE LINKE
- 3.12 städtische Beteiligungen
 - 3.12.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE
 - 3.12.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
Äa Fraktion CDU/ANW
- 3.13 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0181
Fraktion SPD
- 3.14 Motto des Jahres 2014
Vorlage: 12/SVV/0255
Mitglieder mehrerer Fraktionen
- 3.15 Uferweggrundstücke
Vorlage: 12/SVV/0308
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.16 Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche
Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Genehmigung eine Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld

GmbH für das Jahr 2012 in Verbindung mit der Ermächtigung des Oberbürgermeisters und einer seiner Stellvertreter gem. § 57 (2) BbgKVerf einer bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme schriftlich zuzustimmen.

Vorlage: 12/SVV/0357

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über die Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen
- 5.2 Grundsätze für differenzierten Umgang mit DDR-Architektur
Vorlage: 12/SVV/0227
Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht und Denkmalpflege
- 5.3 Rahmenkonzept für Stadtteilschule
Vorlage: 12/SVV/0259
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 5.4 Waschhaus - Austrittserklärung aus der Betreibergesellschaft
- 5.5 Darstellung der Pro Potsdam zum Umgang mit Bestandsmietern
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.05.2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung des Hauptausschusses sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor:

- Den TOP 3.1. auf der Tagesordnung zu lassen.
- Die Anträge zu TOP 3.6. und 3.8. wurden von den Antragstellern **zurückgezogen.**
- **Zahlreiche Anträge wurden in den Ausschüssen zurückgestellt:** siehe ausgereichte Voten: TOP 3.4.1 – 3.4.5., 3.5., 3.10, 3.11, 3.12.1. und

3.12.2., 3.15,3.16

Zum TOP 3.14 wird zur Zurückstellung empfohlen, mit der Empfehlung der Beratung in den Ortsbeiräten;

Zum TOP 3.3., liegt noch keine Stellungnahme vor; demzufolge sollte der Antrag zurückgestellt werden. Unabhängig davon wurde vom **Archiv e.V., Herrn Kay-Uwe Kärsten, Rederecht zu TOP 3.3.** „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger – Platz 11, Kulturstandort Archiv erhalten“ beantragt.

Dem Rederecht für Herrn Kärsten wird zugestimmt.

Zum TOP 3.11 – Zentraler Gedenkort – führt Herr Dr. Scharfenberg an, dass dieser Antrag schon eine Weile im Geschäftsgang sei; je länger sich dieser hinziehe, desto sinnloser werde er. Der Antrag sei ja darauf gerichtet, dass der Oberbürgermeister eine Arbeitsgruppe bildet, die einen Vorschlag für einen zentralen Gedenkort in Potsdam erarbeitet. Dieser Arbeitsgruppe sollten Interessenverbände, wie z.B. die VVN sowie je ein Vertreter jeder Fraktion angehören. Ziel sei es, ab dem Jahr 2013 Gedenkveranstaltungen mit diesem zentralen Gedenkort zu verbinden. Man könne das Verfahren kürzen, wenn der Oberbürgermeister sich verpflichte, in Sinne des Antrages zu handeln und ein entsprechendes Gremium zu bilden. Damit wäre der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

Frau Dr. Schröter erklärt ihrerseits, warum sich der Antrag so lange im Geschäftsgang befindet.

Der Oberbürgermeister sagt zu, in Sinne des Antrages zu handeln.

- **Der Oberbürgermeister bittet um Vertagung:** TOP 3.2., „Pachtzins für alternative Wohnprojekte“, da Gespräche noch nicht abgeschlossen seien;

sowie des TOP 5.1. > Vorlage des Antikorruptionsberichtes im August 2012.

- **Unter Sonstiges wird Herr Böhme, Stadtwerke, das Programm für das Stadtwerkefest vorstellen.**

Herr Dr. Scharfenberg verweist zu TOP 3.1. auf das übliche Verfahren, dass der Hauptausschuss Anträge/Vorlagen behandelt, wenn sie in den Ausschüssen beraten wurden. Dies sei noch nicht in allen Ausschüssen erfolgt. Insoweit sollte die Vorlage zurückgestellt werden.

Herr Schubert weist auf die Konsequenz hin, dass der Eckwertebeschluss frühestens nach der Sommerpause beschlossen werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf den Änderungsantrag, wonach man sich ohnehin erst im Herbst mit dem Eckwertebeschluss und dem Prüfbericht über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 beschäftigen wolle.

Der TOP 3.1. wird ebenfalls zurückgestellt.

Herr Schultheiß empfiehlt, den TOP 5.4. – Waschhaus – Austrittserklärung aus der Betreibergesellschaft entweder zurückzunehmen oder in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Die Behandlung erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung.

Die geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt.

Es verbleiben auf der Tagesordnung folgende Tagesordnungspunkte:

3.3.

3.9.

3.13.

4

5.2.

5.3.

5.4. (Behandlung im nicht öffentlichen Teil)

5.5. sowie

6. Sonstiges.- Information von Herrn Böhme zum Stadtwerkefest.

Die somit geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.05.2012 wurde erst am heutigen Tage ausgereicht. Insoweit wird die Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift auf die Sitzung des Hauptausschusses am 20. Juni 2012 vertagt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kärsten trägt seinen Redebeitrag im Namen des Archiv e.V. vor. Dieser

wird, auch auf Wunsch von Herrn Kirsch, dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Von Herrn Kärsten wird ein Verfahrensvorschlag unterbreitet:

„Leiten wir umgehend Gespräche zwischen KIS und Archiv e.V. ein, mit der Zielstellung, die Umsetzbarkeit einer Eigentumsübertragung genau zu prüfen und juristisch tragbare Vorschläge dafür auszuarbeiten. Parallel dazu wird der Verein unter diesen Vorzeichen beginnen, Vorgespräche mit potenziellen UnterstützerInnen und GeldgeberInnen zu führen. Erste Ergebnisse zu beiden Punkten sollten gemeinsam von Verein und KIS bis September dem Hauptausschuss vorgelegt werden.“

Der Oberbürgermeister sagt hinsichtlich des Verfahrensvorschlages zu, dass Gespräche geführt werden, um die Umsetzbarkeit der Eigentumsübertragung zu prüfen; es gebe ja diesbezüglich unterschiedliche Formen.

Die näheren Konditionen sollten zwischen dem KIS und dem Archiv e.V. gemeinsam verhandelt werden. Das Ergebnis werde dem Hauptausschuss im September 2012 vorgestellt.

Herr Dr. Scharfenberg macht in seinen Ausführungen deutlich, dass man hier über einen Vorschlag im Rahmen des Bürgerhaushaltes diskutiere; dieser werde immer wieder verschoben. Um diesen Vorgang abschließen zu können, habe die Fraktion eine geänderte Fassung vorgelegt. Wenn die geänderte Fassung beschlossen werde, sei die Prüfung des Weges der Eigentumsübertragung mit enthalten.

Weil der geänderte Antrag als Tischvorlage ausgereicht wurde, verliert der Oberbürgermeister nochmals den Änderungsvorschlag. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Terminsetzung dann auf September 2012 geändert werden müsse.

Herr Menzel fühlt sich überfordert, dem Änderungsvorschlag zuzustimmen; außerdem nehme dieser das Ergebnis der Gespräche vorweg. Der Oberbürgermeister habe seine Zusage gegeben, dass Gespräche in Richtung Eigentumsübertragung geführt werden.

Herr von der Osten-Sacken sieht sich ebenfalls außer Stande, dem geänderten Antrag zuzustimmen. Es sollen Gelder für das Grundstück verwendet werden und das Grundstück solle auch noch verschenkt werden. Er weist darauf hin, dass es sich hier um Vermögen aus dem städtischen Haushalt handle. Es gebe viele andere Baustellen in der Stadt; man sollte überlegen, was einem dieser Kulturstandort wert ist und dann müsse man sich die Karten legen, wie mit dem Projekt weiter verfahren werden soll.

Herr Dr. Scharfenberg äußert dazu, dass dies so nicht in dem Änderungsantrag stehe. Der Grundsatz, den Kulturstandort Archiv dauerhaft zu erhalten, sei bereits geprägt worden. Es gehe darum, diesen Grundsatz festzumachen; es stehe nicht darin, dass die Eigentumsübertragung vorzunehmen ist. Es ist eine vertragliche Regelung zu finden.

Herr Kirsch begrüßt die Prüfung einer Eigentumsübertragung, gibt aber zu bedenken, wenn man an eine Eigentumsübertragung denkt, auch zu überlegen, dass gewährleistet wird, wenn der Verein sich auflösen sollte, dass die Immobilie dann wieder an die Stadt zurückfällt.

Herr Schubert gibt Herrn Dr. Scharfenberg recht, dass es einen Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Archiv e.V. gibt; es gebe eine klare Aussage des Archiv e.V.; jetzt sei über die Konditionen zu verhandeln. Es müsse aber auch bei den 400 T€ bleiben, die aus eigenen Mitteln des Vereins aufzubringen sind.

Herr Schröder plädiert ebenfalls dafür, die Gespräche abzuwarten.

Herr Schultheiß macht u.a. deutlich, dass der Grundsatzbeschluss 2 Jahre alt ist; zum damaligen Zeitpunkt sei es um die Brandschutzsanierung gegangen; damals ist man von 225 T€ ausgegangen; jetzt sei man bereits bei über 600 T€. Er sieht sich außer Stande, über den Änderungsantrag abzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt u.a. an, dass es kein angemessener Umgang mit Vorschlägen zum Bürgerhaushalt sei, wenn man so lange warte, bis sich die Vorschläge erledigt haben.

Der Oberbürgermeister hält fest, dass Herr Dr. Scharfenberg seinen Änderungsantrag zurückzieht vor dem Hintergrund seiner Zusage, dass Gespräche zwischen dem KIS und dem Archiv e.V. geführt und die Konditionen einer Eigentumsübertragung geprüft werden.
Der Hauptausschuss wird in der ersten Sitzung **im September 2012** über das Ergebnis informiert.

zu 3.4 Bad

zu 3.4.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg Vorlage: 11/SVV/0388 Fraktion DIE LINKE

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.4.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges Vorlage: 11/SVV/0423 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.4.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg Vorlage: 11/SVV/0434 Fraktion FDP

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.4.4 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.4.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - TOP 20 'Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 2 - Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0816
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.5 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.6 Konzertierte Aktion zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 12/SVV/0149
Fraktion Potsdamer Demokraten

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

zu 3.7 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE

Im Finanzausschuss zur Kenntnis genommen; der Antrag sollte zurückgezogen werden.

zu 3.8 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0155
Fraktion FDP

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

zu 3.9 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0125
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

Von Herrn Dr. Wegewitz wird der **Änderungsantrag** nach Besprechung mit einer

Vertreterin des Rechtsamtes, Herrn Preißler aus dem GB 1, Herrn Dahlmann für das Beteiligungsmanagement, RA Dr. Olav Wagner von der Kanzlei Noerr LLP, Berlin, als Vergaberechtler, und Herrn Dr. Wegewitz als Mitantragsteller, vorgebracht:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass bei In-House-Geschäften aller Art die kommunalen, rechtlich selbständigen Unternehmen als In-House-Auftragnehmer vorher Erklärungen darüber abgeben, welche Teile des Auftrages mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln selbst erbracht werden und welche fremd vergeben werden sollen.“

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, sicherzustellen, dass in den Satzungen der städtischen Gesellschaften deren Eigenschaft als öffentliche Auftraggeber im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) festgehalten wird. Die Mustersatzung ist entsprechend anzupassen.“

Begründung:

Die Stadt kann unter bestimmten Voraussetzungen Geschäfte mit den eigenen kommunalen, rechtlich selbständigen Unternehmen schließen. Solche Geschäfte werden unabhängig von den vergaberechtlichen Schwellwerten als In-House-Geschäfte bezeichnet. Um einem Kontrollverlust der Stadt bei solchen Geschäften zu begegnen, sollen bei allen In-House-Geschäften vorher von den städtischen Unternehmen Erklärungen abgegeben werden, welcher Anteil selbst und welcher fremd erbracht werden soll. Bezüglich der städtischen Unternehmen soll durch die Aufnahme eines entsprechenden Passus in den Satzungen die bisherige Praxis einheitlich festgestellt werden, dass sie nach außen hin öffentliche Auftraggeber im Sinne des GWB sind (§ 98 Nr. 2 GWB) und den entsprechenden Regularien unterfallen.

Herr Dr. Scharfenberg sieht sich außer Stande, dem Änderungsantrag, der als Tischvorlage ausgereicht wurde, zuzustimmen. Er bittet um Zurückstellung, um sich dazu nochmals verständigen zu können.

Herr Kirsch bittet ebenfalls um Zurückstellung.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

**zu 3.10 Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Beschluss 11/SVV/0688
Vorlage: 12/SVV/0278**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

**zu 3.11 Zentraler Gedenkort
Vorlage: 12/SVV/0147
Fraktion DIE LINKE**

Durch die Erklärung des Oberbürgermeisters durch Verwaltungshandeln

erledigt > siehe Änderungen zur Tagesordnung.

zu 3.12 städtische Beteiligungen

zu 3.12.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt, da noch keine Auskunft der Kommunalaufsicht vorliegt.

zu 3.12.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
Äa Fraktion CDU/ANW

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.13 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0181

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert, dass am 22. Mai 2012 der Stiftungsrat SPSG getagt und einen Beschluss herbeigeführt habe. Danach werde zum Ausdruck gebracht, dass von einer allgemeinen Parkeintrittsgebühr abgesehen werde, wenn die LHP sich mit Hilfe einer Fremdenverkehrsabgabe an den Pflegeaufwendungen für die Parks beteiligt. Die Landesregierung wolle das Kommunalabgabengesetz so ändern, dass die LHP in die Lage versetzt wird, eine Fremdenverkehrsabgabe einführen zu können, aus der dann o.g. Beitrag finanziert wird. Bis 30.06.2013 müsse die Fremdenverkehrsabgabe auf den Weg gebracht werden; erfolgt dies nicht, werde ab Ostern 2014 die allgemeine Parkeintrittsgebühr eingeführt. Bis Jahresende 2012 soll das Kommunalabgabengesetz geändert werden, so dass man die Zeit hat, die Fremdenverkehrsabgabe bis 30.06.2013 umzusetzen. Es sei eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt worden, die Fremdenverkehrsabgabe vorzubereiten; dies in enger Abstimmung mit dem Land. Insoweit sei der Antrag gewissermaßen gegenstandslos. Im Übrigen haben die Vertreter der Tourismusbranche erklärt, dass sie von einer freiwilligen Abgabe Abstand nehmen. Man wolle sich mit auch mit der Tourismusbranche hinsetzen und eine Fremdenverkehrsabgabe in den Grundzügen erörtern. Eine entsprechende Vorlage für die StVV werde vorbereitet.

Herr Schubert führt u.a. aus, dass nach Aussage der AG Tourismus eine freiwillige Abgabe nicht möglich ist. Er ziehe seinen Antrag zurück vor dem Hintergrund, dass es ein klares Votum des Stiftungsrates gebe und die LHP den vorgeschlagenen Weg mitgeht.

Der Oberbürgermeister hält fest, dass **der Antrag damit zurückgezogen** werde.

Herr Dr. Scharfenberg führt an, dass bisher nur feststehe, dass 2014 ein pflichtiger Parkeintritt eingeführt werden könnte und die LHP dem entgehen könnte, wenn sie einen Beitrag leistet. Er erkläre ausdrücklich, dass er als Landtagsabgeordneter sich dafür einzusetzen werde, dass dieser Weg gegangen werden kann und die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden. Die Mehrheitsverhältnisse könne er jedoch nicht beeinflussen. Er bittet darum, den Zeitraum bis 30.6.2013 zu nutzen, um die entsprechenden Voraussetzungen für die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe zu schaffen. Grundanliegen sei, den Parkeintritt vermeiden zu wollen.

Herr Schultheiß bittet darum, in die Gespräche mit der Tourismusbranche auch den Einzelhandelsverband und die IHK einzubeziehen. In den Gesprächen mit dem Land sollte auch die Änderung der Ladenöffnungszeiten nochmals eingebracht werden.

Der Oberbürgermeister merkt dazu an, dass diesbezügliche Gespräche vom Einzelhandel mit dem Land geführt werden.

Herr Schubert empfiehlt, im weiteren Verfahren auch die Bezeichnung „Fremdenverkehrsabgabe“ zu verwenden, um Irritationen im Zusammenhang mit der so genannten „Bettensteuer“ zu vermeiden. Mit der Fremdenverkehrsabgabe werde ein breiterer Bereich erschlossen.

zu 3.14 **Motto des Jahres 2014**
Vorlage: 12/SVV/0255
Mitglieder mehrerer Fraktionen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt mit der Empfehlung der Einbeziehung der Ortsbeiräte.

zu 3.15 **Uferweggrundstücke**
Vorlage: 12/SVV/0308
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3.16 **Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles**
"Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 4 Genehmigung eine Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2012 in Verbindung mit der Ermächtigung des Oberbürgermeisters und einer seiner Stellvertreter gem. § 57 (2) BbgKVerf einer bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme schriftlich zuzustimmen.

Vorlage: 12/SVV/0357

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp bringt die Vorlage ein.

Herr Kirsch stellt die Frage, wann mit einem Rücklauf des Geldes zu rechnen sei.

Herr Klipp hält den Zeitraum bis zum Ende der Entwicklungsmaßnahme für realistisch.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme beträgt für das Jahr 2012 höchstens 13.500.000,00 €. Eine bedarfsbezogene Kreditaufnahme hat möglichst dergestalt zu erfolgen, dass Sondertilgungsrechte in der Weise bestehen, dass am Ende der Entwicklungsmaßnahme lediglich das genehmigte Defizit in Höhe von 7.824.299,66 € durch die Stadt zu übernehmen ist.
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2012 schriftlich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bericht über die Rotation in korruptionsgefährdeten Verwaltungsbereichen

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

Wiedervorlage: August 2012

zu 5.2 Grundsätze für differenzierten Umgang mit DDR-Architektur
Vorlage: 12/SVV/0227

Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

Frau Dr. Schröter führt an, dass die Schwimmhalle am Brauhausberg auch DDR-Architektur mit diversen Kunstwerken sei; sie stellt die Frage, wie man damit umgehen wolle.

Herr Klipp äußert dazu, dass es nach der Sommerpause einen Verfahrensvorschlag für den städtebaulichen Wettbewerb zur Gestaltung des Brauhausbergs geben werde. Dies werde nicht nur ein Vorschlag für einen Neubau sein, sondern es solle auch alternative Vorschläge geben, sich mit den bestehenden Gebäuden auseinanderzusetzen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Antrag seiner Fraktion 11/SVV/0415, in welchem der Oberbürgermeister beauftragt werde, ein Konzept „Grundsätze für einen differenzierten Umgang mit der DDR-Architektur“ vorzulegen, um (weitere) Verluste an schützenswerter architektonischer Qualität zu verhindern und aufzuzeigen, wie und wo die Erhaltung von denkmalwerten Zeugnissen der Architektur und des Städtebaus der DDR zu gewährleisten ist.

Er merkt an, dass die Mitteilungsvorlage eine Situationsbeschreibung sei, bezogen auf die Gegebenheiten. Hier sei der Kunstgriff gelungen, wonach die ganze DDR-Architektur gesichert sei. Was jedoch die anderen Fragen angehe, bestehe weiter Diskussionsbedarf.

zu 5.3 Rahmenkonzept für Stadtteilschule

Vorlage: 12/SVV/0259

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die Mitteilungsvorlage schon vor einiger Zeit erstellt wurde. In der Vorlage sei angeführt, dass in einem nächsten Arbeitsschritt der Entwurf einer Rahmenkonzeption bis zum Sommer weiter mit den Beteiligten öffentlich diskutiert werden soll. Was dann geschehen solle, steht nicht in der Vorlage.

Sie stellt weiter die Frage nach dem Stand der Ausschreibung.

Frau Dr. Magdowski führt u.a. aus, dass augenblicklich die Diskussion mit den Beteiligten laufe. Ein Redaktionsteam werde das Rahmenkonzept überarbeiten, denn es sei ja noch ein Entwurf. Des Weiteren werde ein Vorschlag für das Auswahlverfahren zur Übernahme der Trägerschaft erarbeitet, d.h. es werde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Ihres Erachtens gebe es bislang keine Abweichungen vom Zeitplan; die Eröffnung und Inbetriebnahme der neuen Einrichtung solle mit Beginn des Schuljahres 2013/14 erfolgen.

Herr Schultheiß äußert u.a. seine Bedenken, dass es hinsichtlich der gemeinsamen Nutzung von Gebäudeteilen durch andere Träger zu Problemen kommen könnte. Bezüglich der Finanzierung verweist Herr Schultheiß darauf, dass die Stadtteilschule eine freiwillige Aufgabe sei und hat Bedenken, dass das Rahmenkonzept so umzusetzen ist, wie es in der Vorlage steht.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das Budgetrecht des Parlamentes.

Was die Doppelnutzung betreffe, so gebe es natürlich Schnittstellen, die in der Anfangsphase begleitet werden sollten. Gleichzeitig habe man jedoch auch die

Möglichkeit, dass das Ganze eines Tages in eine andere Struktur übergeht. Sie schlägt vor, das Abstimmungsverfahren abzuwarten und sich im Späteren eine Meinung zu bilden.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass man sich sehr für dieses Projekt eingesetzt habe; sie bittet darum, dass das Geld, was vorgesehen ist, auch optimal eingesetzt wird. Konsens im Ausschuss sei auch gewesen, dass die Kammerakademie sich für das Projekt engagiert; die Kammerakademie sollte bei der Findung des Trägers und der Planung der Konzeption weiterhin eine aktive Rolle spielen.

Der Oberbürgermeister hält fest: Frau Dr. Magdowski hat sich zum Verfahren geäußert. Es ist sicherzustellen, dass alle einbezogen werden. An der Finanzierung muss noch gearbeitet werden.

zu 5.4 Waschhaus - Austrittserklärung aus der Betreibergesellschaft

Behandlung im nicht öffentlichen Teil > siehe 11.2.

zu 5.5 Darstellung der Pro Potsdam zum Umgang mit Bestandsmietern

Herr Westphal erläutert anhand einer Präsentation das Verfahren der PRO POTSDAM zur sozialverträglichen Sanierung von Wohngebäuden im Bestand der PRO POTSDAM. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt (auch auf Wunsch von Herrn Sändig). Die Folien wurden im Ratsinformationssystem hinterlegt.

In der anschließenden Diskussion beantwortet Herr Westphal Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Herr Heuer fragt nach der Größenordnung der Mietsteigerung.

Herr Westphal meint, dass diese unterhalb der Inflationsrate von 2 % liegt. Er verweist darauf, dass dies detailliert betrachtet werden müsse, weil die Mietsteigerung bei einer niedrigen Miete mit 30 Cent die Rate höher sei.

Herr Sändig nimmt in seinen Ausführungen u.a. Bezug auf den Antrag der Fraktion Die Andere zur Pasteurstr. 23 a-c und merkt an, dass es hier eine Nettokaltmiete von 6,60 € gegeben habe; für neue Mieter 10 €. Bezüglich der Problematik, dass Leute in zu großen Wohnungen leben, sei von Expertenseite gesagt worden, dass dies nur auf einzelne Stadtgebiete zutrefe. Er wirft im Weiteren die Frage auf, was mit den Mietern geschieht, die sich die Wohnung nach der Modernisierung nicht mehr leisten können und Zuschüsse aus dem Wohngeldgesetz etc. beantragen müssen, damit also auch kommunale Gelder beanspruchen.

Herr Westphal führt dazu u.a. aus, dass sich das Wohngeld seines Erachtens auf einem Anteil von Bundesmitteln und einem Anteil kommunaler Mittel zusammensetzt. Man prüfe die individuelle Belastung für den Mieter, d.h. Klärung der Übernahme von Mietanteilen durch Wohngelstelle, PAGA etc. Unter Umständen müsse die Durchsetzung der Sanierung auf der Basis des BGB auf

dem Rechtsweg erfolgen. Dies sei jedoch sehr selten; in der Regel finde man eine Lösung.

Herr Dr. Scharfenberg merkt zunächst an, dass man mit der städtischen Wohnungsgesellschaft eine Steuerung ausüben wolle; insoweit sei das, was dargestellt worden sei, ein hoher Anspruch. Es sei gesagt worden, Maßstab für das Unternehmen sei der Umgang mit den Mietern. Herr Dr. Scharfenberg spricht das Mittel der Mieterversammlung an; er habe gehört, dass mit diesem Mittel nur zaghaft umgegangen werde.

Hinsichtlich der Zielerreichung der PRO POTSDAM im Hinblick auf die strategischen Vorgaben der LHP, erinnert Herr Dr. Scharfenberg an die jährliche Berichterstattung im Hauptausschuss.

Der Oberbürgermeister sagt dies für Oktober 2012 zu.

Herr Westphal macht deutlich, dass sich eine Mieterversammlung insoweit schwierig gestalten, als dass dort sehr viele einzelne Sachverhalte geklärt werden sollen. Im Rahmen der Zusammenarbeit in Drewitz habe man sich wiederum entschlossen, doch eine Mieterversammlung zu machen. Jedoch komme man nicht daran vorbei, sich individuell die Wohnungen der einzelnen Mieter anzusehen.

Herr Kirsch hält die genannten 10 € Nettokaltmieter in der Pasteurstraße auf dem Markt für schwer durchführbar und in Bezug auf den Mietspiegel für kontraproduktiv. Herr Kirsch wirft im Weiteren die Frage auf, inwieweit vorgesehen ist, bei Studenten, die ihr Studium beendet haben, in der Sanierungsvereinbarung eine Anpassung der Erhöhung vorzunehmen.

Herr Westphal führt dazu u.a. aus, dass die Wohnungen, die in den Mietspiegel aufgenommen werden, vorrangig von Bestandswohnungen dominiert werden und weniger von den Vertragsmietern; am Ende zähle der Durchschnittswert.

Herr Westphal bestätigt, dass die Sanierungsvereinbarungen der individuellen Lebenslage angepasst werden.

Frau Dr. Müller fragt nach, was geschehe, wenn das Verhältnis von prozentualem Anteil der Miete am Einkommen der Mieter nicht mehr stimmt.

Herr Westphal äußert dazu, dass man die Baumaßnahmen zügig durchführen wolle. Der Vorteil sei, dass die PRO POTSDAM über einen Pool an Ausgleichswohnungen verfüge. Die Fluktuation betrage 10 % im Jahr; deswegen habe man einen Pool an Wohnungen. Es werde keine umfangreiche Sanierung durchgeführt; die Sanierungsquote liege bei 1,5 %. Mieterbegleitung kümmere sich vorrangig um die Mieter mit niedrigem Einkommen. Es werden sehr individuelle Lösungen gefunden; die Philosophie des Unternehmens sei, sozial verträglich zu agieren.

Herr Klipp hebt seinerseits das von Herrn Westphal vorgetragene Verfahren zur sozialverträglichen Sanierung von Wohngebäuden im Bestand der PRO POTSDAM hervor. Ihm sei kein Vermieter bekannt, der sich so ein umfangreiches Verfahren zu Eigen gemacht habe. Er sei sehr zufrieden über das Ergebnis der Übertragung der Kooperationsvereinbarung von Drewitz auf die Stadt Potsdam. Er räumt ein, dass soziale Härtefälle immer sehr individuell seien. Was das Konzept des sozialverträglichen Agierens betreffe, sei er sich nicht

sicher, inwieweit die Bereitstellung von sanierten Wohnungen ebenfalls zu sozialverträglichen Konditionen durchsetzbar sei; dies könne niemand wirtschaftlich leisten.

Herr Sändig nimmt Bezug auf die Leitbildpräsentation der PRO POTSDAM im Internet (Anpassung des Angebotes an die Einkommensentwicklung) und hält die Neuvermietung betreffend die Pasteurstraße für 10 € für bedenklich.

Herr Sändig stellt im Weiteren die Frage, ob die Mieter im Staudenhof nach einer Sanierung genau so gestellt sind, wie vor der Sanierung. Er stellt die Frage nach dem Preis.

Dazu kann Herr Westphal nichts sagen.

Herr Heuer warnt davor, meinen zu wollen, mit einem kommunalen Unternehmen die soziale Stellung der Bevölkerung lösen zu wollen. Unter Bezug auf den elektronischen Bundesanzeiger verweist Herr Heuer darauf, dass die Gewinnquote bei der PRO POTSDAM unverantwortlich niedrig ist. Dies sei ein Ergebnis des sozialverträglichen Handelns.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Westphal für seine Berichterstattung.

zu 6 **Sonstiges**

6.1.

Der Oberbürgermeister informiert zum **Thema: Haus Dietz**, dass die Stellungnahme der Landesdenkmalpflege heute ausgereicht worden sei. Aus der Stellungnahme gehe hervor, dass nach nochmaliger Begutachtung eine Unterschutzstellung nicht für möglich gehalten werde.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass es sein könne, dass sich der Oberbürgermeister mit sichtlichem Abstand an den Landeskonservator gewandt habe, d.h. eine Rolle spiele, wie die LHP dazu stehe. In der Stellungnahme stehe nicht, dass das Haus Dietz in der Denkmalliste enthalten war. Die Umstände, warum das Haus Dietz herausgenommen wurde, sind nicht bekannt.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Aussage der Landesdenkmalpflege klar sei und daran nichts zu deuten gebe.

Herr Weise merkt ergänzend an, dass in den Schreiben zum Ausdruck gekommen sei, dass eine Abwägung vorgenommen wurde, man jedoch zu keinem anderen Ergebnis gekommen sei.

6.2.

Stadtwerkefest:

Herr Böhme stellt das Programm für das Stadtwerkefest vom 29. Juni bis 1. Juli 2012 vor. Es werde bei der Größenordnung von 800 T€ bleiben.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses: 18:53 Uhr

